

Politische Strategien zum Technischen Wandel

Süß, Werner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Süß, W. (1987). Politische Strategien zum Technischen Wandel. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. *Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen* (S. 541-545). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-150452>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Politische Strategien zum Technischen Wandel

Werner Süß (Berlin)

Angewandte Sozialwissenschaft nimmt nicht in einem machtpolitischen Sinne Einfluß auf die gesellschaftliche Steuerung des technischen Wandels, sondern sie setzt sich als eine nur indirekte Einflußgröße, sofern sie eigenständig Problemdefinition erarbeitet. Mangelnde Mächtigkeit hat im Zweifelsfall der anwendungsorientiert tätige Sozialwissenschaftler mit sich auszumachen. So etwa lautet der Konsens im Selbstverständnis dieser ad hoc Gruppe. Was in dieser Sicht aber fehlt und was auf diesem Soziologentag kaum zur Sprache gekommen ist, ist der Hinweis auf die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, die jenen Rahmen abstecken, in dem sich der wissenschaftliche Reflexionsprozeß vollzieht. Es ermangelt, i.a. W., einer wissenschaftlichen Relevanzklärung des Technikthemas. Es reicht nicht hin, sich anwendungsorientiert zu geben, um am Ende eine individuelle oder kollektive Moral der Nichtverantwortlichkeit für den technischen Wandel und seine gesellschaftlichen Folgen zu reklamieren. Die Analyse der gesellschaftlichen und machtpolitischen Zubereitung des Technikfeldes ist mit Technikforschung untrennbar verbunden, soll nicht unter der Hand die vorgeblich enthaltsame wissenschaftliche Problemdefinition über Mechanismen der Moralisierung doch noch irrationale Mächtigkeit erlangen.

Wie sehr eine Vernachlässigung der gesellschaftlichen Kontexte des technischen Wandels in bloß moralische Urteile und schließlich in Dethematisierungen des Zusammenhangs von Technik- und Gesellschaftswandel ausmachen kann, haben die Vorträge von Herrn Dienelt und Herrn Burrichter angedeutet: Herr Dienelt hat das Bild einer Freizeitgesellschaft gezeichnet, ohne die Bruchlinien des Transformationsprozesses von einer Arbeits- in eine Freizeitgesellschaft auch nur zu benennen, ohne den Konfliktgehalt des Prozesses zu markieren. Ähnlich ist es bei Herrn Burrichter, der zwar mit Gründen von einer Aufwertung von Orientierungsfragen und des darauf zu beziehenden Wissens ausgeht, der aber keine Angaben darüber macht, mit welchem materialen Bezug und vor dem Hintergrund welcher sozialen Problemlagen

die Orientierungsfrage anfällt. In beiden Fällen wird der technologische Wandlungsprozeß zu einem Mythos der technologischen Revolutionierung der Gesellschaft stilisiert, dem gegenüber Fragen nach dem Prozeßverlauf selbst nahezu bedeutungslos erscheinen.

Dieses versprechen Stellungnahmen aus dem Umkreis der staats-tragenden Parteien und Verbände. Im Kontext einer Modernisierungs- und Zukunftsdebatte wird hier der Technikentwicklung ein zentraler Stellenwert für einen umfassenden Gesellschaftswandel zugeschrieben. Zu fragen ist, worauf diese Zuschreibung basiert, welche Situationsbeschreibung sie enthält, welchen strategischen Handlungstypus sie avisiert und auf welchen Typus von Zukunftsgesellschaft sie aus ist. Den Fragen wird hier entlang der Strategiedebatte um den Technik- und Gesellschaftswandel nachgegangen. Eine Wertung der Debatte folgt dann im anschließenden Referat von Klaus Schroeder, in dem es darum gehen wird, die Debatte dem grundlegenden Entwicklungsmuster der Gesellschaft der Bundesrepublik zuzuordnen.

Spätestens seit 1984 ist deutlich, daß zwischen den wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Kräften der Bundesrepublik ein Grundkonsens darüber besteht, daß der Entfaltung neuer Technologien zum Zwecke einer "Modernisierung der Wirtschaft" unbedingt stattzugeben ist. Die in den technischen Fortschritt gesetzte Hoffnung bezieht sich in erster Linie darauf, daß Technikentwicklung der Wirtschaft auf lange Sicht neue Produktivitäts- und Wachstumsimpulse zu geben vermag. Hierdurch ergibt sich eine neue Relevanz der Beschäftigung mit Technik nur sehr abgeleitet aus sozialen und entsprechend sozialwissenschaftlich zu bearbeitenden Bedingungskonstellationen, als weit eher aus ökonomieimmanenten Gründen. Wo jenseits ökonomischer Wachstumshoffnungen auf gesellschaftliche Bestimmungen des technischen Wandels Bezug genommen wird, entfernen sich die strategischen Vorstellungen jedoch voneinander. Die Großlage des Konservatismus und der Arbeiterbewegung gehen von einem je verschiedenen Verzesellschaftungsmodus des technischen Gesellschaftswandels aus. Gegenüber stehen sich Konzepte einer etatistisch korporativen Planung einerseits und einer primär marktvermittelten Verzesellschaftung, die ihre Ergänzung in staatlich abgesteckten Förderungsmaßnahmen findet andererseits. Der Differenz ent-

spricht zugleich eine Entgegensetzung zwischen einer optimistisch-offensiven und einer eher von Pessimismus und Zweifeln geleiteten defensiven Haltung. So listet der DGB einen ganzen Katalog potentiell negativer Folgen des technischen Fortschritts auf, während der Konservatismus in der Entfaltung der Technik die ständige Erweiterung des menschlichen Handlungsspielraums angelegt sieht. Wenn hier Skepsis herrscht, dann in dem Punkt, daß nicht hinreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Lothar Späth faßt die Skepsis in folgender Frage zusammen: "Wie bringt man die Technik von morgen mit den Menschen von heute und den Organisationen von gestern zusammen?" (Späth, 1983, S. 23). Aus der Forderung, den Menschen von heute mit der Technik von morgen zusammenzubringen, folgt eine dynamische, subjektivistische Strategiebestimmung, die insgesamt auf eine Aktivierung der ideellen und geistigen Ressourcen aus ist. Dabei geht es um die Herstellung eines "intellektuellen Klimas" oder einer "intellektuellen Infrastruktur", in dem sich die Fähigkeit zum Umgang mit neuen Techniken ausbilden kann. Entsprechend wird der Werte- und Akzeptanzfrage ein prominenter Platz eingeräumt. Sie zielt auf eine Ermunterung des individuellen Engagements und der personalen Autonomie und darin auf das vorherrschende Gesellschaftsbild einer Mittelstandsgesellschaft, die einen Bedeutungsverlust des Kollektiven aufweist. Dieses Gesellschaftsbild wird sozial zugleich gegenüber den Eliten wie gegenüber von Arbeitslosigkeit Betroffener konkretisiert. Dafür stehen die Figur des schumpeterschen innovativen Unternehmers einerseits wie andererseits die Formel, daß keine Maßnahmen gegen die Interessen der Arbeitslosen getroffen werden dürfen. In Verlängerung der These von der "neuen sozialen Frage" wird hier ein Angebot auf Teilnahme der Arbeitslosen an den Effekten von Flexibilisierungsstrategien gemacht. Doch bleibt die strategische Grundlegung hierbei stehen: Der Subjektivismus in der strategischen Grundlegung überläßt den Vergesellschaftungsprozeß von Technik den Individuen selbst. Ansonsten bleibt es bei einer Politik der Haushaltskonsolidierung, einer nicht inflationären Finanzpolitik, einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und schließlich einer restriktiven Sozialpolitik. Es ist ein ordnungspolitisches Konzept der Deregulation bis hin in den Bereich sozialer Dienst- und Transferlei-

stungen. Die subjektivistische Grundlegung von Technikbeherrschung wird, mit anderen Worten, in ein Konzept der umfassenden Privatisierung von Vergesellschaftung verlängert.

Dagegen basiert die Strategie der organisierten Arbeiterbewegung auf der Prämisse, daß analog zum Markt auch die subjektiv soziale Vergesellschaftung organisatorisch auf gesellschaftliche Konsensbildungsprozesse rückbezogen werden muß. Ordnungspolitisch geht es hier darum, aus dem freien Spiel der Kräfte emanierende irreversible soziale Schäden von vornherein auszuschließen. Unter Reibehaltung einer prinzipiell arbeitszentrierten Sicht wird ein Regulationsszenario um die Arbeitsgesellschaft herumgruppiert, indem auf die bewährten Instrumente der Tarifpolitik bis hin zu denen der politischen Intervention zurückgegriffen wird. Annahmen über Änderungen des Schichtengefüges oder über die Zunahme von Individualisierungsprozessen haben hierin keinen Platz. Sie werden durch die Strategie der generellen Reduktion von Arbeitszeit unterlaufen, mit der die Arbeiterbewegung ein neues soziales Gleichgewicht durchzusetzen sucht. Darüber hinaus erfüllt die Strategie abgestimmter Planungen den Zweck, Ungleichzeitigkeiten in der Durchsetzung technischer Innovationen und ihrer sozialen arbeitsmarktbezogenen Folgen durch verallgemeinerte Rahmenabkommen gewissermaßen an die Leine zu legen, d.h., kollektive Standards zu erhalten wie Einkommensgrößen, Gesundheitsversorgung, Altersversorgung etc. Es handelt sich insgesamt um eine Planungskonzeption, die den vorgegebenen Rahmen politischer und sozialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausfüllen will, so daß im Ergebnis die Programmatik einer sozial verträglichen Technikgestaltung dazu dient, die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft im Sinne von Mitbestimmung der Organisationen erneut zu stellen. Einzig Peter Glotz scheint sich darüber bewußt zu sein, daß die genauere Fassung einer Strategie einer sozial verträglichen Technologiegestaltung auch jenen Impulsen stattgeben muß, die aus den organisatorischen und stofflichen Potenzen neuer Technologien folgen. Die Organisationsformen der Linken müssen sich, so Glotz, darauf einstellen, daß auch die Klassen- und Schichtenidentitäten sich verändern werden. Glotz akzeptiert Konzepte einer sozial fle-

xibel handhabbaren Arbeitsgestaltung, die die Bedeutung der Arbeit als identitätsstiftendes Zentrum zurückdrängen würde. Er akzeptiert Individualisierungstendenzen, wie sie sowohl in einzelnen unternehmerischen Umstellungsprozessen oder auch in der Ausbreitung neuer Dienstleistungsberufe angelegt sind. Leitender Gesichtspunkt ist bei ihm ein Bündniskonzept, das auf die Träger des technischen Fortschritts setzt.

Die Differenzen in der Kennzeichnung des technischen Wandels und seiner strategischen Bemächtigung können insgesamt nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine neuartige politische Relevanzklärung der Technikfrage insgesamt kaum auszumachen ist. Die staatliche Politik konzentriert sich nach wie vor auf die klassischen Felder und Ordnungsmuster: Forschung und Technologiepolitik bleibt ohne nennenswerte Eigenständigkeit ressortmäßig integriert. So kommt der politischen Technikdebatte vorerst in erster Linie ein hoher Legitimationsgehalt mit Blick des in ihr enthaltenen Ökonomieversprechens zu.